



LANDESSCHULRAT FÜR SALZBURG

Postanschrift: A-5010 Salzburg, Postfach 530

**Bundesministerium für
Unterricht und kulturelle
Angelegenheiten
Postfach 65
1014 Wien**

1/SN - 341/ME

| | |
|------------------------------------|-------------------|
| Betrifft GESETZENTWURF | |
| Zl. <i>10</i> ... | GE / 19 <i>pp</i> |
| Datum: - 3. März 1999 | |
| Verteilt <i>4.3.99</i> | |

Mozartplatz 8-10
Telefon (0662) 80 42 Durchwahl 2678
Telefax (0662) 80 42 2199
Termin: 12. März 1999

Zahl: (Bei Antwortschreiben bitte anführen)
AD-7009/2-99

Sachbearbeiter: *Moicy Kopovsky*

Datum

AD RR Stöglehner

26.2.1999

Betr.:

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem
das Schulunterrichtsgesetz geändert wird
Begutachtungsverfahren – Stellungnahme

Bez.: BMUKA Zl. 12.940/3-III/A/2/99
vom 29.1.1999

Der Landesschulrat für Salzburg hat mit Verfügung seines Amtsführenden Präsidenten gem.
§ 7 (3) des Bundes-Schulaufsichtsgesetzes 1962, i.d.g.F., zum o.a. Gesetzesentwurf wie folgt
Stellung genommen:

1. Allgemeine Bemerkung:

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf ist eine beachtliche Systemumstellung verbunden, die
in den meisten Fällen begrüßt wird.

Die Bestimmungen hinsichtlich der abschließenden Prüfungen sollen sofort nach Kund-
machung noch am 1. April 1999 in Kraft treten. Die Einführung neuer Regelungen so knapp
vor den Prüfungsterminen ist problematisch, da eine solche Vorgangsweise zu Ver-
unsicherung und zur Rechtsunsicherheit beiträgt. Besser wäre das Inkrafttreten der
Neuregelungen der Reife- und Diplomprüfung zum Haupttermin des Jahres 2000.

2. Stellungnahme im Detail:

Zu § 25:

Die hier vorgenommene Klarstellung wird ausdrücklich begrüßt.

Zu § 35 (1) – Prüfungskommission (Vorsitz)

Die bisherige Regelung, wonach der zuständige Landesschulinspektor grundsätzlich
Vorsitzender bei der Hauptprüfung ist, hat sich bewährt und sollte beibehalten werden.
Nicht vollziehbar sind die Ausführungen in den Erläuterungen (Seite 8), wonach Prüfer und

ein vom Schulleiter zu bestellender Beisitzer bei einer allfälligen Jahresprüfung nicht Mitglieder der Prüfungskommission sein sollen.

Wenn die Jahresprüfung („Nicht genügende“ Beurteilung in einem Gegenstand des letzten Jahrganges), wie in den erläuternden Bemerkungen ausgeführt, außerhalb der Hauptprüfung positioniert werden soll, dann müsste jedenfalls die Bestimmung des § 36a – „er hat im Rahmen der abschließenden Prüfung eine Jahresprüfung abzulegen“, geändert werden.

Zu § 36:

Die Notwendigkeit für die Erlassung der in Abs. 1 und 2 vorgesehenen Verordnungen durch das BMUKA wird nicht gesehen. Den Intentionen des Entwurfes könnte bei entsprechenden Vorgaben an die Landesschulräte von den Schulbehörden I. Instanz wesentlich verwaltungsökonomischer Rechnung getragen werden.

Zu § 36a:

§ 36a (3) sieht vor, dass jede Zulassung zu einer Wiederholung von Teilprüfungen auf Antrag des Prüfungskandidaten erfolgt.

Da im Falle der Wiederholung von Klausurprüfungen Aufgabenstellungen durch den Prüfer auszuarbeiten bzw. durch die Schulbehörde erster Instanz zu bestimmen sind, ist im SCHUG jedenfalls zu regeln, innerhalb welcher Frist ein solcher Antrag zu stellen ist.

Zu § 36 (2)- Prüfungstermine (Antreten zur Hauptprüfung):

Im Sinne einer gewissen Rechtskontinuität sollte die Frist von 10 Wochen zur Ablegung der Hauptprüfung im Haupttermin beibehalten werden, zumal es möglich ist, diesen Zeitrahmen nicht voll auszunützen und die abschließenden Prüfungen gegen Ende des Unterrichtsjahres anzusetzen.

Zu § 38:

Auch in diesem Fall sollte im Sinne einer Rechtskontinuität die bisherige Regelung beibehalten werden.

Für die nach Abs. 1 von der Anwesenheitsverpflichtung ausgenommenen Mitglieder der Prüfungskommission sollte eine Klarstellung hinsichtlich ihrer bezugsrechtlichen Behandlung getroffen werden (Anfall von Prüfungsgebühren in voller Höhe?).

Hinsichtlich der in Abs. 3 zur Diskussion gestellten Formulierungen wird der Alternativvariante der Vorzug gegeben.

Zu § 39:

In Abs. 2 soll die bisherige Z. 1 entfallen. Sie hat jedoch z.B. für einen zukünftigen Arbeitgeber einen erheblichen Informationswert, ihre Beibehaltung erscheint daher sinnvoll zu sein.

Zu § 54a:

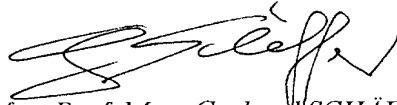
Die Notwendigkeit der Anhörung der Schulkonferenz vor Bestellung eines Fachkoordinators wird nicht gesehen.

Zu § 71:

Die Formulierung des Abs. 1 wird ausdrücklich begrüßt, bei Abs. 3 ist jedoch eine Diskrepanz zwischen dem Entwurfes und den erläuternden Bemerkungen bemerkbar. Aus der Formulierung der erläuternden Bemerkungen geht klar eine Priorität für die Bestellung eines Prüfers hervor, der die Klasse nicht unterrichtet hat, allerdings wird wiederum kein Rechtsanspruch eingeräumt. Die Formulierung des Entwurfes selbst ist dagegen weniger deutlich. Nachdem derartige Fälle in der Praxis oft sehr sensibel sind, sollte unterschiedlichen

Interpretationsmöglichkeiten über die von der Schulbehörde einzuhaltende Vorgangsweise möglichst wenig Raum gegeben werden. Daher wird eine deutlichere Formulierung des Entwurfstextes angeregt.

Der Amtsführende Präsident:

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Schaffer', with a stylized flourish at the end.

Hofrat Prof. Mag. Gerhard SCHÄFFER

Kopie:

1. Amt der
Salzburger Landesregierung, Landesamtsdirektion/Leg.
zu Zl. o/1-603/251-1999 vom 10.2.1999
2. Amt der
Salzburger Landesregierung, Abt. 2, im Hause
zu Zl. 2/o1-164-20-1999
3. Präsidium des Nationalrates, Parlament
Dr. Karl-Renner-Ring, 1010 Wien (25x)